

KURT HAMER

100 Jahre Gesetz gegen die Sozial demokratie

A 01 - 00514

Vor 100 Jahren wollte Bismarck Sozialdemokratie und Gewerkschaften per Gesetz für immer mundtot machen. Sein Vorhaben mißlang, die Zahl ihrer Anhänger wuchs. Doch die Folgen seines Versuches sind noch heute im deutschen Konservatismus ebenso spürbar wie im Liberalismus und in der Sozialdemokratie.

KURT HAMER

100 JAHRE GESETZ
GEGEN DIE SOZIALDEMOKRATIE

Rede des Landtagsvizepräsidenten Kurt Hamer
anlässlich der 100. Wiederkehr der Verkündung
des Sozialistengesetzes. Gehalten auf einer
Gedenkveranstaltung des SPD-Kreisverbandes
Kiel, am 21. Oktober 1978.

Verlag: "wir", Kleiner Kuhberg 28, Kiel.

A 01 - 00514



Herausgeber:
SPD-Landesverband Schleswig-Holstein,
Kleiner Kuhberg 28, 2300 Kiel.

Verantwortlich:
Rolf Selzer.

Hausdruckerei SPD-Landesverband.

7118

Kurt Hamer, MdL
1. Landtagsvizepräsident

- 3 -

Rede während einer Gedenkstunde aus Anlaß der
100. Wiederkehr der Verkündung des Sozialisten-
gesetzes, veranstaltet von den Kreisverbänden
der SPD und des DGB am 21. 10. 1978 in Kiel

Über das Sozialistengesetz, genauer: Über das
"Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen
der Sozialdemokratie", verkündet im Reichsgesetz-
blatt Nr. 34 am 21. Oktober 1878, vor heute also
genau 100 Jahren, ist anlässlich dieses Gedenktages
viel geschrieben worden. Mit Recht. Denn das Sozia-
listengesetz ist keineswegs nur ein Erinnerungs-
posten für Sozialdemokraten. Es markiert nicht nur
einen charakteristischen Fehltritt deutscher Ge-
schichte. Das Sozialistengesetz ist angesichts der
politischen und ideologischen Auseinandersetzungen
in der Bundesrepublik Deutschland heute von einer
geradezu erschreckenden Aktualität.

Natürlich will sich heute niemand auf einem Wege
sehen, den jeder, der sich einen Blick für histori-
sche Dimensionen bewahrt hat, als einen verhängnis-
vollen Irrweg deutscher Geschichte kennzeichnen muß.

Nur: Sie gehen ihn schon längst, die Erfinder und
Verkünder und Rechtfertiger der Parole "Freiheit
statt Sozialismus", die völlig zu Recht als Aufruf
zum geistigen Bürgerkrieg bezeichnet worden ist.

Die Frage ist doch, welcher qualitative Unterschied
zwischen den beiden folgenden Zitaten besteht.
Das erste: "Ich fasse die Sozialdemokratie auf als
ein Zusammenfassen aller derjenigen Elemente im
Lande, welche, von Gift, Haß und Neid gegen die
besser situierten Klassen und gegen die Gesell-
schaftsordnung überhaupt erfüllt, alles mit Füßen
treten, was dem Menschen heilig ist oder wenigstens
heilig sein sollte."

Dies ist ein Wort aus dem Jahre 1892. Es stammt von dem saarländischen Großindustriellen und konservativen Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg.

Das zweite Zitat - damit kein Mißverständnis entsteht: die Rede ist jetzt von Sozialdemokraten - das zweite Zitat also lautet wie folgt:

"Neben dem Antlitz eines humanistischen Sozialismus ist die Fratze eines zynischen, freiheitsfeindlichen, totalitären Sozialismus aufgetaucht ... 'Konsequenter' Sozialismus strahlt einen kennzeichnend kalten, erbarmungslosen Haß ab."

Diese Sätze schrieb Günther Gillesen am 17.4.1976 in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen", dem Blatt für gehobene geistige und politische Ansprüche, unter der Überschrift "Freiheit oder Sozialismus?" Das war zu einem Zeitpunkt, als der CDU-Vorsitzende Kohl diese Kampfformel noch nicht akzeptieren wollte. Wenige Monate später mußte er sie übernehmen, durfte aber das Wort "oder" durch "statt" ersetzen.

Auch wenn es die christlichen Parteien noch so hartnäckig bestreiten: Mit ihrer Losung "Freiheit oder/statt Sozialismus" stehen sie in der geistig-ideologischen Tradition derjenigen, die das Sozialistengesetz einbrachten, beschlossen und anwendeten. Und sie stehen in der geistig-ideologischen Tradition jener, die auch nach der Aufhebung dieses Gesetzes bis in unser Jahrhundert hinein so handelten, als bestehe es immer noch.

Die Fakten sind bekannt. Am 11. Mai 1878 feuert der arbeitslose Klempnergeselle Hödel, ein kranker, heruntergekommener junger Mann, zwanzig Jahre alt, auf der Straße "Unter den Linden" in Berlin auf die Equipage Kaiser Wilhelms I., der mit seiner

Tochter, der Großherzogin von Baden, ausfährt. Getroffen wird niemand. Der Kaiser hat nicht einmal den Schuß gehört.

Der Schütze - als "Attentäter" ist er kaum zu bezeichnen - war kein Sozialdemokrat. Es gab auch, außer daß Hödel gelegentlich sozialdemokratische Zeitungen ausgetragen, wegen kleinerer Unterschlagungen jedoch diese Gelegenheitsarbeit und eine kurze Parteimitgliedschaft verloren hatte, keine Verbindung zur Sozialdemokratie.

Dennoch ergriff Bismarck diese langersehnte Gelegenheit beim Schopfe und legte schon acht Tage nach dem Attentat ein Verbotsgesetz gegen die Sozialdemokratie vor. Die flüchtig ausgearbeitete Vorlage wurde vom Reichstag mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Die liberale Reichstagsmehrheit war zwar mit Bismarck, mit den Konservativen und dem Zentrum einig in der scharfen Gegnerschaft zum Sozialismus, aber sie wollte den Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Bürger nicht durch die Zustimmung zu einem Ausnahmegesetz unterhöhlen.

Eine Woche nach Bismarcks Niederlage im Reichstag ereignet sich ein weiteres Attentat. Der dreißigjährige, ebenfalls arbeitslose Landwirt und Nationalökonom Dr. Nobiling schießt, wieder "Unter den Linden", aus einer Schrotflinte auf den Kaiser, der erheblich verletzt wird. Anschließend richtet der Attentäter die Waffe gegen sich selbst und bringt sich tödliche Verletzungen bei.

Fest steht: Weder Hödel noch Nobiling handelten aus wirklich politischen Motiven. Beide waren keine Anarchisten. Auch eine Verbindung Nobilings zur Sozialdemokratie war nicht festzustellen. Aber dieses zweite Attentat weckte in Deutschland eine ungeheure Erregung. Überall verbreitete sich jetzt, von den

konservativen und den offiziösen Zeitungen geschürt, Sozialistenfurcht und Sozialistenhatz.

Zwei Beispiele nur für die unglaubliche Hetze, die von Behörden, Politikern, Unternehmern, Wissenschaftlern, von den Kanzeln und in Zeitungen und Büchern betrieben wurde, wobei angesichts der mehr als dürftigen Beweislage nicht mehr die unmittelbare Verantwortung der Sozialdemokraten für die Attentate in den Vordergrund gerückt wurde. Die Sozialdemokratie wurde vielmehr verantwortlich gemacht für anarchistische Vergehen als Folge ihrer Agitation und der Vergiftung des - ich will es einmal mit einer heute gängigen Vokabel ausdrücken - geistigen Klimas durch sie.

Die Beispiele: Der Historiker Heinrich von Treitschke verfaßte damals die Schrift "Sozialdemokratie und Meuchelmord", in der er behauptete, die Sozialdemokratie sei zu einer "Schule des Verbrechens" geworden, und der evangelische Superintendent von Königsberg verkündete von der Kanzel: "Die Männer, welche die Waffen gegen das erhabene Greisenhaupt unseres Kaisers gerichtet haben, heißen Hödel und Nobiling. Die Männer, welche sich ihrer Seelen bemächtigen, bis daß sie von Mordabsichten voll und übervoll waren, heißen Marx und Lassalle, Bebel und Liebknecht."

Wir werden erinnert an die sog. "Dokumentation" der CDU, die Politiker, Schriftsteller, Journalisten und Hochschullehrer als "geistige Wegbereiter" oder "Sympathisanten des Terrorismus" diffamierte.

Bismarck förderte und nutzte die Erregung der Öffentlichkeit aus, löste den Reichstag auf und ließ ihn neu wählen, um so eine gefügige Parlamentsmehrheit zu gewinnen. Bei den Wahlen erzielten die beiden konservativen Parteien als einzige Gewinne, und zwar auf Kosten der Liberalen. Das Zentrum behauptete

seine Mandate, die Sozialdemokratie behielt trotz der massiven Wahlbehinderung von 12 Mandaten noch 9.

Im Wahlkampf war aber bereits die Vorentscheidung über die künftige Abstimmung der Nationalliberalen gefallen: Sie hatten sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung darauf festgelegt, diesmal einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zuzustimmen.

Der neue Reichstag nahm am 18. 10. 1878 mit den Stimmen der Konservativen, der Nationalliberalen und einiger Unabhängiger (insgesamt 221) gegen die Stimmen des Zentrums, des Fortschritts, der Sozialdemokratie und der Polen (insgesamt 149) des Sozialistengesetz an.

§ 1 lautete:

"Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art."

Dies Gesetz verbot ferner alle "sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen" Versammlungen und Druckschriften. Sozialistische Agitatoren konnten von den Landespolizeibehörden aus einzelnen Orten und Bezirken ausgewiesen werden; die einzelnen Bundesstaaten konnten mit Zustimmung des Bundesrats in "gefährdeten" Bezirken den "kleinen Belagerungsstand" für die Dauer von höchstens einem Jahr ver-

hängen. Dadurch wurde in dem betroffenen Bezirk auch die Versammlungstätigkeit und Publizistik anderer Parteien einer verschärften polizeilichen Kontrolle unterworfen.

Das Gesetz richtete sich mit besonderer Strenge "gegen Personen, welche sich die Agitation für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zum Geschäft machen". Unter diesen Voraussetzungen konnte "gegen Gastwirte, Schankwirte, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare oder Inhaber von Lesekabinetten neben der Freiheitsstrafe auf Unter-sagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden".

Bis 1890 ist das Gesetz immer wieder verlängert worden. Der Vorgang ist einzuordnen in die historische Landschaft. Ohne einen geschichtlichen Exkurs machen zu wollen, möchte ich doch in Erinnerung rufen, daß es drei große Ideen waren, die die Menschen im Deutschland des 19. Jahrhunderts bewegten: die nationale, auf die Schaffung eines Deutschen Reiches gerichtete, die demokratische, um Volkssouveränität und Verfassung ringende, und die soziale, die um eine Verbesserung der Lage des vierten Standes, des Proletariats, kämpfte.

Mit dem Ende der Revolution von 1848 war der Versuch des Bürgertums gescheitert, in Deutschland eine liberale Demokratie zu errichten. Bismarck köderte das Bürgertum und befriedigte dessen nationalen Wünsche durch die Reichsgründung und Kaiserproklamation als Krönung des Krieges gegen Frankreich, und er band das Bürgertum an sich durch einen unvorstellbaren Wirtschaftsboom, der seinen Höhepunkt in den sogenannten Gründerjahren erreichte.

Die Zustimmung der Nationalliberalen zum Sozialistengesetz war nicht nur ein Verrat an den rechtsstaatlichen und demokratischen Ideen, für die die Liberalen noch dreißig Jahre zuvor mit schwarz-rot-goldenen Fahnen auf die Barrikaden gegangen waren. Sie war zugleich die Besiegelung des Friedens, den nun auch das deutsche Bürgertum mit der Politik Bismarcks geschlossen hatte. Die Spatzen "nationale Größe" und "wirtschaftliche Prosperität" waren ihnen lieber als die Taube "Demokratie". Darunter haben wir gelitten bis 1945.

Kein Zweifel: In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Bewegung des Sozialismus die große Herausforderung an die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung und an die Werte, auf die sich diese berief. Mit dem Sozialismus - ganz gleich welcher Spielart - meldete die Klasse der Industriearbeiter ihren Anspruch auf eine Veränderung der Welt an.

Dies war objektiv eine "Gefahr" für die Herrschenden, die Mächtigen, die Besitzenden, und das mußte subjektiv von diesen als eine Gefährdung ihrer Position, aber auch als eine Erschütterung ihrer Vorstellungen von Recht, Ordnung und Moral empfunden werden. Auch der große Bismarck - in anderen Fragen durchaus fähig, über den eigenen Schatten zu springen, Realpolitiker zu sein, Klassendenken abzulegen -, auch er handelte im Kampf gegen die Sozialdemokratie grundsätzlich und konsequent: nämlich als Bewahrer und Verteidiger von Privilegien, die anzutasten für ihn und seine feudalen und großbürgerlichen Gesinnungsgenossen als Bedrohung ihrer Macht und Existenz angesehen wurde.

In der Debatte über das Sozialistengesetz erklärte Bismarck am 17. September 1878 im Reichstag: "Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich meine

Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe, und wann überhaupt meine Stellung zu der sozialen Frage eine andere geworden ist. ... Es stammt dies von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstag - ich weiß nicht, war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, aber einer von diesen beiden - in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ... von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet."

Natürlich ist dies auch parlamentarische Rhetorik. Bismarck hat nicht seine Bemühungen aufgegeben, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber diese Bemühungen waren Teil einer Doppelstrategie: Kampf gegen die Selbstorganisation des Proletariats einerseits - Befriedigung der besitzlosen Klasse, deren Lösung von ihnen - wie Bismarck es sah - Verführern und ihre Integration in den Staat durch materielle Hilfen im Rahmen der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung, an der natürlich nicht gerüttelt werden durfte.

Bismarck sprach aus, was viele dachten und was weniger Ausdruck wirklicher Angst war, sondern immer mehr Ergebnis einer schließlich bis zur Hysterie gesteigerten politischen Kampagne.

Alfred Krupp, der 1872 in einem Erlaß an seine Arbeiter in militärischem Befehlston geschrieben hatte: "Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerechtfertigte Anforderungen ab, werde, wie bisher, jedem gerechten

Verlangen zuvorkommen; fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher, desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorzukommen, und so in gesetzlicher Weise das Etablissement zu verlassen, um anderen Platz zu machen, mit der Versicherung, daß ich in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben will." - jener Industrielle Alfred Krupp also richtete 1877 eine Ansprache an die "Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen, der Gußstahlfabrik, der Gruben und der Hüttenwerke, vertraulich und ausdrücklich beschränkt auf den Verband von Arbeitern, Meistern und Beamten des obigen Privatbesitzes."

Diese "Ansprache" ist ein Dokument, das in jedes Schullesebuch gehört. Nicht besser kann autoritäres, patriarchalisch-obrigkeitsstaatliches Herr-im-Hause-Denken ausgedrückt werden. Ich will daraus zitieren, weil hier der Resonanzboden rein und klar ertönt, auf den das Sozialistengesetz traf, und weil, wer genauinhört, Anklänge findet an Töne, die auch heute noch oder wieder zu hören sind.

1. Zitat:

"Die Verfechter der neuen Lehre für Glückseligkeit der Völker werden ... weiter gehen von Stufe zu Stufe. Sie wollen keinen Thron, keine Regierung, keine Religion, kein Eigentum und kein Erbe, auch ebenso wenig Zucht, Scham und Sitte anerkennen und gelten lassen. Was Jahrhunderte an Gutem geschaffen, veredelt und geheiligt haben, soll vernichtet werden, und selbstverständlich geht das nicht ohne Feuer und Schwert. Was eine fleißige, sparsame Familie, was eine Generation ehrlich erworben hat, soll der Faule, Liederliche sich aneignen dürfen und wenn er einmal seinen Teil verzehrt hat, so teilt er nachher wiederholt mit denjenigen, welche inzwischen durch Fleiß und Sparsamkeit sich wieder etwas erworben haben."

2. Zitat:

"Die Menschheit läßt es sich nicht gefallen, daß jeder Unterschied in Stellung, Charakter und Wert von Menschen und Dingen, sowie alles Bestehende, das Gute und Bewährte auf Kosten von Recht und Gesetz vertilgt werde, damit Verbrecher aus den Trümmern ihre Lese halten ... Die Mehrheit des Volkes steht zu hoch in Bildung und Rechtsgefühl, als daß sie solchen Betörern dauernd folgen würde, wenn sie einmal ihre Zwecke erkennt; auch wird diese Mehrheit es durchfühlen, daß eine Umwälzung solcher Art scheitern würde an der Solidarität aller bestehenden Verhältnisse und Ordnungen, an der Einsicht und Kraft der Kammern, der Regierungen, an der Macht des Staates in Abwehr und Züchtigung der Verbrechen."

3. Zitat:

"Unter den schwierigsten Umständen habe ich den Mut behalten, für meine Leute einzutreten, wir stehen jetzt wieder vor einer schweren Zeit. ... Das sollten die Arbeiter dankbar anerkennen und diejenigen, welche täglich für diesen Zweck Sorge und Mühe aufwenden, durch freundliche Dienstfertigkeit aufmuntern für den schweren Beruf. Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet Ihr frohe Stunden erleben. Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist."

4. und letztes Zitat:

"Was ich nun hiermit ausgesprochen habe, möge Jedem zur Aufklärung dienen über die Verhältnisse und deutlich machen, was er zu erwarten hat von Handlungen und Bestrebungen im Dienste des Sozialismus."

Man erwärmt keine Schlange an seiner Brust, und wer nicht von Herzen ergeben mit uns geht, wer unsern Ordnungen widerstrebt, der beeile sich, auf anderen Boden zu kommen, denn seines Bleibens ist hier nicht."

Ein Jahr später beschließt der Reichstag das Sozialistengesetz, und für viele Verfolgte war in der Tat des Bleibens nicht mehr in Deutschland.

Ich weiß, jede geschichtliche Parallele ist fragwürdig. Natürlich haben hundert Jahre Staat und Gesellschaft verändert. Die Sozialdemokratie heute übt Macht aus in diesem Staat, und sie tut es - Gott sei Dank oder hoffentlich - ohne schlechtes Gewissen. Sie ist eine unübersehbare, prägende politische Kraft geworden. Sie hat allen Grund, selbstbewußt und stolz auf ihren Beitrag zur friedlichen Entfaltung unserer Demokratie hinzuweisen.

Gerade deshalb aber steht man manchmal fassungslos vor der Ignoranz vieler, die - wie es ihr gutes Recht ist - zwar nicht unsere politischen Auffassungen teilen, die aber offensichtlich immer noch nicht die Denkkategorien des vorigen Jahrhunderts hinter sich gelassen haben oder - soll man es so ausdrücken? - glauben, mit den Argumenten des 19. Jahrhunderts die Sozialdemokraten aus der Verantwortung für diesen Staat und seine Bürger drängen zu können.

Die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts und die des 20. Jahrhunderts so nahe beieinander zu sehen - darin liegt die erschreckende Aktualität dieses Gedenktages!

Es gibt ein viel zu wenig beachtetes Dokument in unserem Lande, aus dem ich zitieren möchte: Es heißt darin: "In Wahrheit jedoch führt jede Art von Sozialismus zu einem Verlust an Freiheit

und damit zu weniger Demokratie. Ja, mehr noch: Jede Art von Sozialismus trägt in sich die Gefahr, früher oder später Freiheit und Demokratie im ganzen zu zerstören. Der Sozialismus steht aber nicht nur im Gegensatz zur Freiheit. Er steht im Gegensatz zu all jenen Werten des Menschen, die Ausdruck seiner Humanität sind. Neben der Freiheit sind es die Menschenwürde, die Gerechtigkeit und das Streben des Menschen nach Glück. Die Anhänger des Sozialismus, die sich als Erben des Humanismus verstehen, vertreten in Wahrheit eine Ideologie, die sich am Ende gegen den Menschen richtet."

Da haben wir, säuberlich zu Papier gebracht, ein Musterbeispiel für die Verteufelung des politischen Gegners.

Diese Sätze stammen aus einem Beitrag der Grundsatzkommision der schleswig-holsteinischen CDU aus dem Jahre 1976 mit der Überschrift "Freiheit statt Sozialismus?" Als Verfasser bekennen sich u.a. Dr. Lemke, Landtagspräsident, Dr. Schwarz, Justizminister, Dr. Olderog, Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags, Dr. Hubrich, Vorsitzender des Philologenverbandes, Dr. Bernhard, Leiter der Hermann-Ehlers-Akademie, Joachim Oertel, Leiter der Grenzakademie Sankelmark, Prof. Dr. Hübner, Ordinarius für Philosophie an der Kieler Universität.

Als Wesen eines jeden Sozialismus machen die Verfasser das Gleichheitsprinzip aus. Dem Sozialismus gehe es - so ist zu lesen - vor allem darum, die bestehenden Zustände fortschreitend zu beseitigen, um die Menschen ohne Rücksicht auf Talent, Anlage, Bedürfnisse oder Wünsche immer mehr und immer wirkungsvoller gleich zu machen.

Nachdem der Popanz der öden Gleichmacherei erst einmal aufgestellt ist, fällt es nicht schwer,

nunmehr messerscharf zu folgern, daß nur Zwang, d.h. der Einsatz staatlicher Macht- und Kontrollmittel, die Menschen völlig gleich machen könne. Da Zwang aber das Gegenteil von Freiheit ist, hebe umfassende Gleichheit die Freiheit auf.

Das Resümee der CDU: "Der Weg in den Sozialismus führt weg von der Freiheit. Am Ende dieses Weges wird der Mensch zum Opfer eines kollektiven Systems... Er wird zum bloßen Empfänger zugeteilter Lebensläufe. ... Kein Sozialismus, der sich ungehindert entfalten kann, entgeht auf die Dauer diesem Schicksal...."

Und dann wird die SPD in die Ecke gestellt, in der man sie haben will. Das CDU-Pamphlet fährt fort: "Wie wenig die SPD das alles erkennt, zeigt vor allem auch ihr sorgloser Umgang mit den Kommunisten, den erwiesenen Feinden unserer freiheitlichen Ordnung. Bündnisse zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ('Volksfront') sind z.B. an vielen Hochschulen schon fast alltäglich. Immer wieder fordern Sozialdemokraten, DKP-Mitglieder als Lehrer, Richter und Polizeibeamte in den Staatsdienst zu nehmen. Auch in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik läßt die SPD sich nicht von der gebotenen Vorsicht gegenüber kommunistischen Staaten leiten."

Trotz aller Primitivität - es hat Methode. Von hier ist es nämlich nur noch ein kleiner Schritt zur gezielten personalisierten Verleumdung. Die Angriffe gegen Egon Bahr, sie sind ja nicht Ausdruck des Ringens um die Sache; sie sollen seine politische und menschliche Integrität demontieren, und sie sind ja leider nur ein Beispiel unter vielen.

Ich rede durchaus über das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", wenn ich in die Erinnerung zurückrufe, daß der

Chefredakteur des "Flensburger Tageblatt" in einem Kommentar folgenden Schlußsatz zu Papier brachte: "Brandt mag uns 'Übler Nachrede' bezichtigen, aber wir müssen aus diesem Verhalten bis zum Beweis des Gegenteils schließen, daß der Exkanzler ... dem Kreml gegenüber kein 'freier Mann' ist."

Und ich bin immer noch beim Thema, wenn ich zu Gehör bringe, was der Chefredakteur der "Kieler Nachrichten" in einem Kommentar seinen Lesern zu bedenken gab: "Gefährlich für uns alle ist: Der Sozialdemokrat Brandt hat in Moskau der Zusammenarbeit mit den moskowitzischen Kommunisten in einem Grade zugestimmt, daß sein Vorgänger Schumacher sich im Grabe umdrehen und der ostzonale SPD-Verräter Grotewohl sich posthum als gerechtfertigt ansehen könnte. Das läuft auf ein Problem hinaus: auf die Frage nämlich, wie eigentlich will die SPD nach dieser 'Verbrüderung' mit der KPdSU noch glaubhaft gegenüber ihren jungen linksgewirkten Genossen für die Abgrenzung von deutschen Kommunisten jeder Provenienz eintreten können?"

Diese blindwütige Art der verbalen "Vernichtung" des politischen Gegners, der Behauptung seiner nationalen Unzuverlässigkeit, der diffamierenden Ausstoßung von Sozialdemokraten aus der Gemeinschaft der politisch Anständigen hat seit Bismarcks Zeiten eine lange Tradition in unserem Lande.

Gerade in diesem Zusammenhang empfehle ich, dann und wann einen Blick in ein 1925 erschienenes Buch zu werfen, das nach 1933 weite Verbreitung fand: Adolf Hitlers "Mein Kampf". Auf Seite 39 findet man folgenden Satz: "Was mich am meisten abstieß, war ... das jämmerliche Buhlen um die Gunst der slawischen 'Genossen', die diese Liebeswerbung, sofern sie mit praktischen Zugeständnissen verbunden war, wohl entgegennehmen ..." Die Rede ist von der Sozialdemokratie.

Ich betone noch einmal: geschichtliche Parallelen sind fragwürdig. Aber frappierend sind sie doch immer wieder.

Am 12. Juni 1978 hat der Bundesausschuß der CDU ein "Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" beschlossen. Darin heißt es: "Es ist das Kennzeichen sozialistischer Ideologie, Staat und Politik zum Garanten des menschlichen Glücks zu machen. Die politischen Vorstellungen von Sinnerfüllung, Glück und Selbstverwirklichung werden damit reduziert auf Dinge, die vom Staat und mit den Mitteln der Politik herstellbar und zuteilbar sind. ... Das geistige Klima unseres Landes ist von derartigen sozialistischen Irrtümern nicht unbeeinflusst geblieben. Personale Werte wie Treue, Einsatzbereitschaft, Idealismus, Opferbereitschaft, Nächstenliebe, Pflichtbewußtsein und die selbstverständliche Liebe zum Vaterland wurden ... in Frage gestellt."

Ich will das nicht kommentieren. Aber vor knapp 90 Jahren, 1889, ein Jahr vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes, sagte Otto von Bismarck über die Aufgabe der Schule: "In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterlande die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben. Aber ich kann mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Förderung der Erkenntnis dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen hat. Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, daß die Lehrern der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen,

sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind."

Ich will auch das nicht vertiefen, aber wenn Bismarck damals von sozialdemokratischen Irrtümern und die CDU heute von sozialistischen Irrtümern spricht, dann ist die Übereinstimmung sicher nicht zufällig.

In der Bundestagsdebatte am 21. September, als der Haushalt in 1. Lesung beraten wurde, sprach Horst Ehmke von dem "Ungeist des Sozialistengesetzes". An Helmut Kohl gewandt, sagte Ehmke: "Ich glaube, wir verstehen nichts von der Debatte in diesem Hause, ... wenn wir uns nicht klarmachen, daß vor 100 Jahren ... die Gründe für all den Kampf gelegt worden sind, der hier im Hause auch heute stattfindet. Das waren zwölf Jahre Verfolgung von Leuten, die nicht schlechtere Patrioten waren als die Ritter der Kreuzzeitung. Das waren zwölf Jahre voll Bespitzelung, voll Gefängnis, voll Ausweisung, voll Zerreißung der Familien, voll Denunziation, die Sie in ihrer Bitterkeit gar nicht verstehen können, wenn Sie nicht etwa einmal die Memoiren von Bebel gelesen haben ... Lassen Sie mich einmal Max Güde zitieren, vielleicht glauben Sie dem ein bißchen mehr als mir. ... Max Güde hat gesagt: "Damals ist unser Unglück begründet worden, und das Unglück besteht in der 'Linksfürchtigkeit' der bürgerlichen Politik in Deutschland."

Horst Ehmke ist zuzustimmen, wenn er der CDU/CSU nicht gestatten will, ihre eigene Tradition mit ihrer Gründung 1945 beginnen zu lassen. Wer - wie CDU und CSU - ein neues Geschichtsbewußtsein fordert, wird sehr konkret antworten müssen auf die Frage, in wessen politischer und geistiger Nachfolge er heute Politik macht.

Was ich sagen will, ist folgendes: Die Sozialdemokra-

ten sind bereit, aus der Tradition ihrer Bewegung und der Kontinuität ihrer Geschichte heraus sich zu ihrer Verantwortung für den Abschnitt der deutschen Geschichte zu bekennen, den sie miterlebt, miterlitten und mitgestaltet haben. Wir wissen: Dies war ein Weg des Erfolges, ein Weg aber auch nicht ohne Irrtum, nicht ohne Schmerz und ohne Bitterkeit.

Wir können es jedoch nicht zulassen, daß sich das deutsche Bürgertum oder - wem dieser Begriff nicht paßt - der Nachfolger der bürgerlichen Rechtsparteien nicht endlich Klarheit verschafft über seine Rolle in der deutschen Geschichte.

Wer die Vaterlandsliebe für sich reklamiert, wird sich die Frage gefallen lassen müssen, warum es so viele gab, die in und an diesem Vaterland haben leiden müssen. Nicht nur Sozialdemokraten gehörten zu ihnen, aber sie in besonderem Maße, jene, die unter das Ausnahmerecht des Sozialistengesetzes fielen, und jene auch, die davor und in den Jahren danach bis in unsere jüngste Vergangenheit hinein Unrecht, Verfolgung, Haß, Emigration, Folter und Tod auf sich nehmen mußten.

Vielleicht ist es auch angebracht, alle, die bei uns den Kampf gegen den Sozialismus zur Schicksalsfrage der Nation hochstilisieren, daran zu erinnern, daß in der Nachfolge des hitlerschen Unrechtsstaates im anderen Teil Deutschland seit 30 Jahren eine neue Form des Sozialistengesetzes praktiziert wird.

Zum Schluß. Ein distanzierter kritischer Betrachter der deutschen Sozialdemokratie, der Historiker Golo Mann - heute ein sehr distanzierter Betrachter -, verfaßte 1963 einen Aufsatz "Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie". Golo Mann schrieb: "Im Vorübergehen ist ein Weniges über die Halbmacht und Ohnmacht der Partei in der alten Zeit vermerkt, auch wohl angedeu-



tet, daß sie nicht ganz ohne Schuld daran gewesen sei. Dabei ist nichts gesagt worden, was nicht von deutschen Sozialdemokraten selber, ungleich ernster, tiefer und wahrer gesagt worden wäre. ... Zu wenig, meine ich, wurde gesagt von der Leistung, von Ruhm, von der Ehre, selbst in der Niederlage.

Von der Leistung. Die Sozialdemokraten haben einen Großteil der Nation zu sich selber und zur Demokratie erzogen. Hätten sie es nicht getan, durch die Jahrzehnte, in tausendfacher Kleinarbeit, so wäre die Demokratie, die wir heute haben, auf Sand gebaut. Es war buchstäblich ein Akt der Erziehung des Volkes durch das Volk und für das Volk. ...

Vom Ruhm. Er liegt ebenso sehr in dem, was sie leisteten, als in dem, was sie nicht leisteten, aber jederzeit rieten und wollten ... Es war im Inneren die soziale Demokratie, nach außen der Friede; zwei Bestrebungen, die aufs engste zusammenhingen und beide zurückgingen auf ihren Begriff von dem, was der Mensch sein soll, auf ihre Humanität. Wenn sie nicht lügen und betrügen, keine Demagogie üben, sich an ihren Feinden nicht rächen, die Macht, wenn sie sie hatten, nicht ruchlos benutzen und sichern wollten, so entsprach es eben diesem Grundbegriff, diesem Ziele; und eben hieraus sind ihre Niederlagen zu einem guten Teil zu erklären."

Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen.